

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHYCÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

Kommunalwahlen in Frankreich

1. Wahlgang: Vormarsch der Linken

Noch kann man nicht von einer „rosa Welle“ sprechen, die Frankreich seit dem gestrigen ersten Wahlgang der Kommunalwahlen erfasst - sicherlich aber von einem Warnsignal an Nicolas Sarkozy und das Regierungslager. Die konservative Regierungspartei UMP erlangte landesweit 45%, während die linke Opposition auf 47% der Stimmen kam¹. Das Ergebnis bestätigt den Trend der Meinungsumfragen im Vorfeld der Wahlen. Einige der großen Städte bleiben bereits nach dem ersten Wahlgang in der Hand der Linken (Lyon mit 51,5% der Stimmen für Gérard Collomb, Dijon mit 56,1% der Stimmen für François Rebsamen sowie Nantes und Rouen). Die Ergebnisse für Paris (40,4% der Stimmen für Bertrand Delanoë), Lille (46% für Gérard Dalongeville) und Straßburg (43,9% für Roland Ries) verweisen eindeutig auf eine bessere Platzierung der Sozialisten. Lediglich Alain Juppé konnte in Bordeaux einen fulminanten Wahlsieg mit 56,6% der Stimmen über seinen sozialistischen Herausforderer erzielen.

Insgesamt waren gestern die Stadt- und Gemeinderäte in den 36.683 französischen Gemeinden, davon 114 in Übersee, zu erneuern. 30.000 Gemeinden haben weniger als 2000 Einwohner. Die Zahl der Gemeinden in Frankreich entspricht dabei in etwa der Hälfte aller Gemeinden Europas. 44 Mio. Wahlberechtigte, Franzosen und in Frankreich lebende EU-Bürger² waren zur Wahl aufgerufen. Die Wahlbeteiligung lag landesweit bei etwa 65% im Vergleich zu 67,2% im Jahr 2001, wobei die regionalen Unterschiede groß waren (in Paris lag die Wahlbeteiligung beispielsweise bei nur 56,7% gegenüber 62,4% im Jahr 2001).

Die Gemeindewahlen, die alle sechs Jahre durchgeführt werden, hätten turnusgemäß 2007 stattfinden müssen. Aufgrund der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im letzten Jahr waren diese zur Vermeidung von zu vielen Urnengängen auf dieses Jahr verschoben worden. Der zweite Wahlgang findet am nächsten Sonntag, dem 16. März, statt.

Die in den gleichzeitig stattfindenden Kantonalwahlen anstehende Teilerneuerung der Départements-Versammlungen erlangte weitaus weniger öffentliche Aufmerksamkeit, obwohl im Zuge der Dezentralisierung die Kompetenzen dieser Lokalparlamente beträchtlich erweitert worden sind. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 67% haben die Linken leicht zugelegt (sie erhielten 46,3% der Stimmen gegenüber 38,8% für die bürgerlichen Rechten). Waren 2001 51 Départements in der Hand der Linken, so haben sie 2008 im 1. Wahlgang

¹ Einschätzungen am Wahlabend, offizielles amtliches Ergebnis erst am Dienstag zu erwarten.

² Wahlrecht für EU-Bürger: Die Voraussetzungen im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit waren durch den Maastricht-Vertrag von 1992 in Bezug auf die Kommunal- und Europawahlen gelockert worden; hier kann der Wähler die Staatsangehörigkeit eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben. Aufgrund der EU-Erweiterung sind 2008 Bürger aus 26-EU-Ländern wahlberechtigt. Voraussetzung ist die Eintragung in ein Wählerverzeichnis

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

CÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

bereits drei Départements hinzugewonnen: Allier, Lot-et-Garonne sowie Corrèze. Weitere Départements, die an die Linken übergehen könnten, sind Deux-Sèvres und Eure-et-Loire. Die bürgerliche Rechte konnte lediglich Alpes-de-Haute-Provence für sich entscheiden. Eine Chance auf einen Sieg besteht außerdem in dem 2001 von den Linken gewonnenen Département Seine-et-Marne.

Rückblick: Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in 2001

Bei den Kommunalwahlen 2001 verloren die bürgerlichen Parteien (bestehend aus Rassemblement pour la République, Union pour la Démocratie Française und Démocratie Libérale) die zwei größten französischen Städte, Paris und Lyon an die Sozialisten. Einen Sieg erzielten sie hingegen in über 30 größeren Städten, so etwa in Blois, Straßburg, Chartres, Rouen und Aix-en-Provence. Damit gingen die bürgerlichen Rechten überraschend stark aus den Wahlen hervor, obwohl im Vorfeld eine klare „vague rose“ (eine rosa Welle) erwartet worden war³. Die Wahlbeteiligung lag im ersten Wahlgang bei 67,2%, gegenüber 69,5% beim zweiten Wahlgang und blieb damit im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 1995 relativ konstant⁴.

Betrachtet man die 583 Städte mit mehr als 15.000 Einwohnern, so hatten die bürgerlichen Rechten einen Nettogewinn von 40 Gemeinden zu verzeichnen, gegenüber einem Nettoverlust von 42 Städten für die Linken⁵. Insgesamt waren 318 dieser Städte (54,54%) in den Händen der bürgerlichen Parteien, während die Linken 259 (44,42%) vorweisen konnten⁶. Verluste der bürgerlichen Rechten waren auf Uneinigkeit innerhalb der Parteien zurückzuführen. Prinzipiell verfügten die bürgerlichen Parteien bei den letzten Kommunalwahlen aber über eine potentielle Mehrheit in Frankreich⁷.

Als Ergebnis der letzten Kantonalwahlen befinden sich 51 Départements in den Händen einer linken Regierung, während 50 Départements von der Rechten regiert werden. 2001 hatte die Linke fünf Départements hinzugewonnen, die RPR hingegen nur eines. Drei Jahre später waren es für die Linke sogar 11 Départements.

Im Zuge der Kommunalwahlen 2001 wurden 38.000 Frauen in die Räte gewählt, d.h. 47,5% der gewählten Ratsmitglieder waren weiblich, was im Vergleich zu der vorherigen Wahl 1995 eine Steigerung um 84,2% bedeutet. Allerdings ist die Zahl der Bürgermeisterinnen mit 10,9% im Vergleich zu 1995 (7,5%) nur leicht angestiegen. Das Gesetz von 2007 mit seiner verpflichtenden paritätischen Besetzung der Beigeordneten der Exekutive hat die Gleichberechtigung beim Zugang zu den Ämtern weiter vorangetrieben.

³ Siehe hierzu auch: KAS-Länderbericht 2001: *Zweite Runde der Kommunalwahlen in Frankreich – Start für die Präsidentenwahlen* von Norbert Wagner.

⁴ *Ebenda*.

⁵ Vgl. : *Les résultats du second tour des élections municipales*, erschienen in *Le Monde* (20.03.2001).

⁶ Vgl. : *Les résultats du scrutin de mars 2001*, erschienen in *La Documentation Française* (www.ladocumentationfrancaise.fr/dossiers/municipales/resultats.shtml).

⁷ Vgl. : KAS-Länderbericht 2001.

FRANKREICHDR. BEATRICE
GORAWANTSCHYCÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI**10. März 2008**

Die **UMP** hatte zum Wahlkampfauftakt eine Charta mit 10 sog. „Engagements“ formuliert⁸. Thematisch standen folgende Aspekte im Vordergrund: größere Transparenz der Aktivitäten der kommunalen Regierung und stärkere Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden; verstärktes gemeinschaftliches Engagement unter stärkerer Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse; nachhaltige Entwicklung und neues ökologisches Bewusstsein; Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Förderung von Jugendlichen im Sinne der Chancengleichheit; Erweiterung der Angebote für Senioren; Stadtsanierung und Renovierung von Wohnungen sowie Förderung der Möglichkeiten zum Erwerb von Eigentum; Verbesserung der inneren Sicherheit in den Gemeinden und vor allem in den Banlieues; Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Kommunen; Stärkung der Kaufkraft des Einzelnen, indem keine Steuererhöhungen auf kommunaler Ebene beschlossen werden sollen.

Die **Sozialisten**⁹ streben in den Kommunalwahlen einen Zusammenschluss mit den Parteien der Linken und der Grünen im Kampf gegen die bürgerliche Rechte an. Ziel des Wahlprogramms, das sich auf ein Manifest mit fünf sog. Engagements beruft, ist es, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Zusammenhalt besteht, die auf neue ökologische Herausforderungen reagiert und auf individuelle Bedürfnisse der Bürger eingeht. Mit den Themen Bildung im Sinne der Chancengleichheit, Arbeit und nachhaltige Entwicklung, Wohnraum und Innere Sicherheit waren sie inhaltlich nicht weit von der bürgerlichen Rechten entfernt.

Die **Grünen**¹⁰ haben im Kommunalwahlkampf die Verbesserung der Lebensqualität in den Städten zur Priorität erhoben. Ökologische Verantwortung, Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Kinderbetreuung und Altenpflege, kulturelle Diversität im Sinne der Integration von Ausländern in den Gemeinden standen im Vordergrund des Programms.

In einem „neuen lokalen Vertrag“ schreibt die **Kommunistische Partei** (PCF)¹¹, die seit den letzten Parlamentswahlen kaum mehr eine politische Rolle in Frankreich spielt, die neue Rolle eines aktiv in die Kommunalpolitik eingebundenen Bürgers fest („aktive Demokratie“, lokale Referenden etc.). Förderung von Sozialwohnungen, allgemeine und freie Schulbildung, Chancengleichheit und Kampf gegen Gewalt in den Gemeinden, lokale Steuerreform sowie eine umweltfreundliche Politik sind weitere Schlagworte ihres Programms.

Die Zentrumspartei **MoDem** und die **Front National** hatten keine speziellen Programme für die Kommunalwahlen, sondern individuelle für die jeweilige Gemeinde.

Wie man bereits bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im vergangenen Jahr beobachten konnte, ist das Thema Umweltpolitik parteiübergreifend Schwerpunkt. Auf der kommunalen Ebene haben ökologische Verantwortung und nachhaltige Entwicklung noch größere Bedeutung erlangt.

⁸ Vgl. : *Charte des élections municipales 2008*, UMP.

⁹ Vgl. : *Manifeste du Parti Socialiste pour les élections municipales et cantonales de Mars 2008*

¹⁰ Vgl. : *Manifeste pour les villes en vert*, Les Verts

¹¹ Vgl. : *Charte pour un nouveau contrat local*, PCF

FRANKREICHDR. BEATRICE
GORAWANTSCHYCÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI**10. März 2008****Sieg der Linken**

Stadt	PS	UMP	Trend
Lyon	51,5%	31,9%	Kontinuität
Rouen	55,7%	Modem: 38,1%	Wende
Nantes	55,7%	29,9%	Kontinuität
Dijon	56,1%	36,4%	Kontinuität

Sieg der Konservativen

Stadt	UMP	PS	Trend
Bordeaux	56,6%	34,1%	Kontinuität

Linkes Lager führend

Stadt	Linke Liste	Konservative Liste	Modem		Trend
Paris	40,4%	28,6%	8,9%	Grüne: 7%	Kontinuität
Strasbourg	43,9%	33,9%	5,7%	Grüne: 6,3%	Wende
Lille	46%	21,6%	7,8%	Grüne: 11,6%	Kontinuität
Caen	43,9%	35,8%	7,5%		Wende
Orléans	45%	49,4%	--	Ext-G: 5,5%	Wende
Rennes	46,9%	26,1%	10,2%	Grüne: 8,9%	Kontinuität
Montpellier	47,1%	26,1%	--	Grüne: 11,1%	Kontinuität
Clermont-Ferrand	49,4%	20,7%	15,9%	Ext-G: 13,8%	Kontinuität

Ext-G: Linksextreme

¹² Quellen: Profession politique, Le Figaro und Libération.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. *Konservatives Lager führend*

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

CÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

Stadt	Konservative Liste	Linke Liste	Modem		Trend
Saint-Etienne	37,8%	33,6%	20,2%	Grüne: 4,3%	Kontinuität
Metz	16,6%	34%	14,6%	DVD: 24,1%	Kontinuität
Mulhouse	40,3%	32,3%	--	FN: 10,3%	Kontinuität / Wende
Nancy	47,1%	28%	--	DVG: 14,7%	Kontinuität
Le Havre	47,7%	13,8%	--	PCF: 29,1%	Kontinuität
Nice	35,8%	22,3%		DVD: 23,1%	Kontinuität

DVD: andere konservative Parteien

DVG: andere linke Parteien

FN: Front national, Rechtsextremisten

PCF: Kommunistische Partei

Unentschieden

Stadt	UMP	PS		
Marseille	41%	39%	Modem: 6,3%	FN: 7,6%
Toulouse	42,6%	39%	Modem: 5,9%	DVG: 5,4%
Reims	23%	42%	DVD: 25,1%	
Aix-en-Provence	33,8%	29%	Modem: 20,1%	DVG: 10,1%

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

CÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

Alain Juppé (**UMP**), der nach seiner Niederlage bei den Parlamentswahlen im letzten Jahr und seinem Rückzug aus der nationalen Politik noch kurz vor dem politischen „Aus“ stand, ist nunmehr der einzige UMP-Bürgermeister der größten Städte, der im ersten Wahlgang sein Mandat behaupten konnte. Sein triumphales Ergebnis ist auf seine Popularität in Bordeaux, seinen gänzlich auf die lokale Politik bezogenen Wahlkampf ohne UMP-Logo und damit seine Distanz zum Präsidenten zurückzuführen. Wiedergewählt wurden auch die konservativen Bürgermeister von Meaux und Toulon sowie viele Minister und Mitglieder der Regierung. Insgesamt behält das konservative Lager in Städten, deren Ergebnisse als knapp vorausgesagt worden waren, wie Marseille und Toulouse, eine bessere Position als erwartet und führt im ersten Wahlgang in Saint-Etienne, Metz, Nancy, Le Havre und Nizza. In Mulhouse kann sich im ersten Wahlgang Jean-Marie Bockel behaupten, welcher 2001 mit einer PS-Liste als Bürgermeister gewählt worden war, nun inzwischen aber der Regierung angehört und für die konservative Liste antrat.

Das linke Lager um die **PS** ist insgesamt auf dem Vormarsch. Bereits im ersten Wahlgang konnten die Linken einen Sieg in den Städten Lyon, Nantes, Dijon, Le Mans und Tourcoing erzielen. Außerdem gelang es ihnen, die Konservativen in Rouen aber auch in Laval, ALENÇON, Rodez und Chalon-sur-Saône abzulösen. In Lille, Rennes, Montpellier und Clermont-Ferrand gehen die Sozialisten gestärkt in den 2. Wahlgang. Aus diesem könnten sie sogar in solchen Städten, die bisher unter konservativer Führung waren wie Straßburg, Caen und Orléans, als Sieger hervorgehen. Bertrand Delanoë (PS) geht gestärkt in den 2. Wahlgang und bleibt höchstwahrscheinlich weiterhin Bürgermeister von Paris.

Auf nationaler Ebene konnte die Zentrumsparterie **MoDem** nur zwischen 3% und 4% der Stimmen gewinnen. François Bayrou bleibt mit 32,6 % der Stimmen in Pau knapp hinter den Sozialisten (33,8%) zurück. Ein gutes Ergebnis erzielte die MoDem in Marseille und Aix-en-Provence, und in Paris beabsichtigt sowohl die PS als auch die UMP, Gespräche über eine mögliche Koalition mit dem Zentrum führen. In zahlreichen mittelgroßen und kleineren Städten hängt der Ausgang des 2. Wahlgangs von der Zentrumsparterie ab. Sie hat bereits angekündigt, über mögliche Koalitionen in jeder Stadt einzeln zu verhandeln, ohne sich national zu positionieren.

Einen Rückgang gegenüber den Kommunalwahlen 2001 verzeichnen die **Grünen**. Mit einem schlechteren Ergebnis als 2001 können sie in Paris auf eine bisherige Koalition mit der PS nicht mehr hoffen. Zum zweiten Wahlgang können die Grünen nur in den größeren Städten Lille und Montpellier antreten, wo sie neben den beiden großen Lagern über 10% der Stimmen erhielten.

Die Kommunisten **PCF** können einige ihrer Bastionen halten und gewinnen in Vierzon und Dieppe. Ihr bestes Ergebnis ist in Le Havre, wo eine von der PCF angeführte Liste mit 29,1% der Stimmen vor der linken Liste der PS führt. Dennoch wird es für einen Sieg im 2. Wahlgang gegenüber den Konservativen wohl nicht reichen. Insgesamt ist eine tendenzielle Rückläufigkeit der Partei in diesen Wahlen zu beobachten.

Der Trend der Marginalisierung der **Front National** verfestigt sich. Die Listen der Rechtsextremisten fanden sich in nur 85 der Städte mit über 30 000 Einwohnern und haben kaum Chancen, im 2. Wahlgang überhaupt vertreten zu sein. Eine Ausnahme bildet die von Marine Le Pen angeführte Liste in Hénin-Beaumont, welche sich jedoch mit 28,5% der Stimmen gegenüber 43% für die Liste der Sozialisten im 2. Wahlgang nicht halten können.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

CÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

Insgesamt hatten sich neben dem Premierminister 22 **Minister und Staatssekretäre der Regierung** sowie der Regierungssprecher in ihren Gemeinden bzw. Arrondissements für Ämter zur Wahl gestellt, darunter auch politische Neulinge wie z.B. Justizministerin Rachida Dati und die Staatssekretärin für Menschenrechte, Rama Yade. 15 der 24 Regierungsglieder konnten Erfolge verzeichnen und sind bereits im ersten Wahlgang in ihren Gemeindegemeinden gewählt worden (siehe Anlage).

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Kommunalwahlen in Frankreich haben stets einen besonderen Charakter. Es vermischen sich lokale und nationale Belange und erschweren dadurch die Bewertung der Ergebnisse. Gewinnt die politische Mehrheit, dann werden die Wahlen als Bestätigung der nationalen Politik gesehen; verliert diese, dann werden „spezifische lokale Gegebenheiten“ dafür verantwortlich gemacht. Für die Opposition gilt der gleiche Interpretationsparameter. Fest steht: Da Kommunalwahlen in Frankreich gleichzeitig im gesamten Land stattfinden, kommt ihnen eine große Bedeutung als nationale „Nebenwahl“¹³ und als Stimmungsbarometer zu. Kommunalwahlen in Frankreich werden ebenfalls gerne benutzt, um die Regierenden in Paris abzustrafen. Man erinnere sich, dass nur zwei Jahre nach der Wiederwahl von Präsident Jacques Chirac die UMP 2004 fast alle Regionen an die Linke verloren hat.

Fest steht auch, dass wir es mit einem hoch politisierten Wahlkampf zu tun haben, eine Tendenz, die sich auch in der Wahlbeteiligung niederschlug. Mit ihrem Urnengang, dem ersten nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im vergangenen Jahr wollten die Wähler Nicolas Sarkozy eine message vermitteln: einen Denktzettel verpassen oder vielmehr ein Zeichen ihrer Desillusionierung vermitteln, weniger ein Akt der Zustimmung für die Linke.

Staatspräsident Nicolas Sarkozy war in den letzten Wochen und Monaten auf ein absolutes Popularitätstief (letzte Umfragen 37%) in der Bevölkerung gesunken, so dass dieses Ergebnis teilweise als Abstrafung für seinen Führungsstil interpretiert werden kann. Ein Großteil der Kandidaten – vor allem die für die Bürgermeisterämter der größeren Stadt wie Paris oder Bordeaux – hatte vermieden, Wahlkampf mit dem Logo der UMP zu machen, da die Partei zu sehr mit Sarkozy identifiziert wird. In dem Maße wie der französische Staatspräsident in der Gunst der Bevölkerung gesunken ist, ist das Ansehen von Premierminister Fillon gestiegen. Letztlich war er es auch, der zugunsten der Kandidaten des Regierungslagers als Wahlkämpfer eingesprungen ist. Fillon ging im Wahlkampf so weit, den Sozialisten vorzuwerfen, mit persönlichen Angriffen auf Sarkozy ein bürgerkriegsähnliches Klima herbeiführen zu wollen.

In seiner Ansprache nach den ersten Hochrechnungen appellierte er an die Wähler, die Herausforderungen der Kommunalwahl nicht mit der nationalen Ebene zu vermischen und bestätigte den Reformkurs der Regierung.

In einem umfassenden Interview in „Le Figaro“¹⁴ nur wenige Tage vor den Wahlen hat Nicolas Sarkozy eine mögliche Niederlage der Kandidaten aus dem bürgerlichen Lager klein geredet: „er werde den Rhythmus seiner Amtszeit, insbesondere seinen Reformkurs nicht von Kommunal-, regionalen oder Europawahlen abhängig machen“.

¹³ Vgl.: Joachim Schild, Henrik Uterwedde, *Frankreich*, 2. Auflage, 2006, p. 121.

¹⁴ Vgl.: Le Figaro, 6. März 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**FRANKREICH**

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

CÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

Ségolène Royal hat am Wahlsonntag zu einem „moralischen Votum“, zu einer Abstrafung der Regierung aufgerufen – genau das ist eingetreten. François Hollande bezeichnete das Ergebnis des ersten Wahlgangs als „Warnung“ an die Regierung.

Eines steht fest nach dem 1. Wahlgang – es hat eine partielle Nationalisierung der Kommunalwahlen stattgefunden, die von der Opposition als Denkmittel für Sarkozy und die Regierung interpretiert wird. Ob sich dieser Trend im 2. Wahlgang am nächsten Sonntag bestätigen wird, bleibt abzuwarten. Die Dynamik zwischen beiden Wahlgängen ist gemeinhin groß, erst der nächste Sonntag wird über das Endergebnis entscheiden.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Außenstelle Paris
Telefon
+33- 1 56 69 15 00
Telefax
+33- 1 59 69 15 01
Mail
kas@kas-paris.fr
Internet
www.kas-paris.fr

FRANKREICHDR. BEATRICE
GORAWANTSCHYCÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI**10. März 2008****Exkurs zum Wahlsystem**¹⁵

Bei den **Kommunalwahlen** werden die Mitglieder der Gemeinderäte für eine Dauer von sechs Jahren in allgemeiner und direkter Wahl bestimmt; eine Wiederwahl ist möglich. Der bei diesen Wahlen angewandte Wahlmodus ist nicht im ganzen Land einheitlich, sondern hängt von der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde ab.

► In Gemeinden mit weniger als 3.500 Einwohnern werden die Mitglieder des Gemeinderats nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit sowie ein Viertel der Stimmen der eingetragenen Wähler erforderlich. Im zweiten Wahlgang genügt die relative Mehrheit.

► In Gemeinden mit 3.500 und mehr Einwohnern erfolgt die Listenwahl in zwei Wahlgängen. Wenn eine Liste im ersten Wahlgang die absolute Stimmenmehrheit erringt, so erhält sie die Hälfte der zu vergebenden Sitze. Die anderen Sitze werden nach dem Verhältniswahlsystem auf alle Listen verteilt. Erreicht keine Liste die absolute Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Daran können nur die Listen teilnehmen, die mindestens 10 % der abgegebenen Stimmen erhalten haben. Der Liste, die die meisten Stimmen erreicht hat, wird die Hälfte der zu vergebenden Sitze zugesprochen. Die anderen Sitze werden nach dem Verhältniswahlsystem auf alle Listen verteilt.

Diese Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht garantiert einerseits regierungsfähige Mehrheiten in den Gemeinderäten und ermöglicht andererseits eine Repräsentation der Minderheitenlisten in Gemeinden ab 3.500 Einwohnern. Da das Mehrheitswahlrecht eine polarisierende Wirkung entfaltet, kommt es in der Regel zu Listenverbindungen nach dem Rechts-Links-Schema, spätestens nach dem ersten Wahlgang. So werden die meisten Gemeinden von Wahlbündnissen regiert.

► In Paris, Marseille und Lyon gelten besondere Regelungen. In Paris und Lyon stellt jedes Arrondissement einen Wahlbezirk dar. In Marseille gibt es acht Wahlbezirke aus je zwei Arrondissements. Die Sitze der Mitglieder der Stadträte von Paris, Marseille und Lyon werden in Abhängigkeit von den je Wahlbezirk erreichten Ergebnissen und nach denselben Regeln wie in den Gemeinden mit 3.500 und mehr Einwohnern vergeben. Außerdem werden zeitgleich mit den Ratsmitgliedern der drei Städte die Arrondissementräte gewählt. Ihre Sitze werden nach denselben Regeln auf die Listen verteilt.

Der Bürgermeister wird vom Gemeinderat gewählt. Um Bürgermeister zu werden, muss man in den ersten beiden Wahlgängen die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreichen. Wenn nach zwei Wahlgängen kein Bewerber die Mehrheit errungen hat, findet ein dritter Wahlgang statt, bei dem die relative Mehrheit genügt. Nach der Wahl des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat die Anzahl der Beigeordneten (höchstens 30 % der gesetzlich vorgeschriebenen Mitglieder des Gemeinderats) und wählt sie.

Mit den Gesetzen von 2003 und 2004 zur weiteren Dezentralisierung sind die Kompetenzen und Verpflichtungen der gewählten Bürgermeister ausgeweitet worden. Aufgrund des Gesetzes vom 6. Juni 2000 und des Gesetzes vom 31. Januar 2007 über den gleichen Zugang

¹⁵ Vgl.: Informationen der Französischen Botschaft in Deutschland zu Wahlen und Wahlverfahren

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

CÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

von Männern und Frauen zu Mandaten und Wahlämtern gilt der Listenaufstellung ein besonderes Augenmerk des Gesetzgebers.

Bei den **Kantonalwahlen** sind die Mitglieder des Generalrates (*Conseil général*) der Départements für 6 Jahre zu wählen. Der Generalrat wird allerdings alle drei Jahre jeweils nur zur Hälfte erneuert. Die Wahlbezirke heißen Kantone (*cantons*). Die Wahl der Generalratsmitglieder erfolgt nach dem so genannten romanischen Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen.¹⁶ Eine Ausnahme bei den Wahlen in den Départements bildet wiederum Paris. Da die Gemeinde Paris gleichzeitig auch das Département Paris umfasst, finden hier Wahlen zum *Conseil de Paris* statt. Dieser spezielle Rat vereint die Aufgaben des *Conseil général* und des *Conseil municipal* (Gemeinderat).

¹⁶ Bei den Wahlen zum *Conseil général* (Generalrat) eines Départements wird ein Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen angewandt. Damit ein Kandidat in der ersten Runde gewinnt, braucht er mindestens die Hälfte aller abgegebenen Stimmen und ein Viertel der Stimmen aller Bürger, die im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Um in der zweiten Runde antreten zu können, muss ein Kandidat im ersten Wahlgang 10% der Stimmen, aller Bürger, die im Wählerverzeichnis eingetragen sind, gewonnen haben. Wenn jedoch nur ein Kandidat dieses Ergebnis erzielt, tritt der Kandidat mit dem zweitbesten Ergebnis ebenfalls im zweiten Wahlgang an. In diesem wird nach relativer Mehrheit entschieden.

Nach jeweils 3 Jahren wird in einer Hälfte der Départements ein neuer *Conseil général* gewählt, welcher erneut für 6 Jahre regiert. Die letzte Wahlperiode wurde ausnahmsweise verlängert, sodass Neuwahlen in den Départements von 2007 und 2010 auf 2008 und 2011 verschoben wurden.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

CÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

Sieg im 1. Wahlgang

Michèle Alliot-Marie (*Ministerin für innere Angelegenheiten, Übersee und Gebietskörperschaften*) 55,5% in Saint-Jean-de-Luz (Pyrénées-Atlantiques)

Xavier Bertrand (*Minister für Arbeit, soziale Beziehung und Solidarität, 3. Position auf der Liste der UMP*) 60,8% in Saint-Quentin (Aisne)

Éric Besson (*Staatssekretär beim Premierminister, zuständig für Weiterentwicklung und Bewertung der öffentlichen Handlungsweisen*) 69,9% in Donzère (Drôme)

Jean-Louis Borloo (*Staatsminister, Minister für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung*) 55,5% in Valenciennes (Nord)

Dominique Bussereau (*Staatssekretär beim Staatsminister, Minister für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung, zuständig für das Verkehrswesen*) 55,2% in Saint-Georges-de-Didonne (Charente-Maritime)

Luc Chatel (*Staatssekretär bei der Ministerin für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung, zuständig für Konsum und Tourismus*) 56,1% in Chaumont (Haute-Marne)

François Fillon (*Premierminister, Mitglied im Gemeinderat*) in Solesmes (Sarthe)

Roger Karoutchi (*Staatssekretär beim Premierminister, zuständig für die Beziehungen mit dem Parlament*) 52,3% in Villeneuve-la-Garenne (Hauts-de-Seine)

Valérie Létard (*Staatssekretärin beim Minister für Arbeit, soziale Beziehungen und Solidarität, zuständig für Solidarität*) 55,5% in Valenciennes (Nord)

Hervé Morin (*Verteidigungsminister*) 86,6% in Épaignes (Eure)

Hervé Novelli (*Staatssekretär bei der Ministerin für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung, zuständig für Unternehmen und Außenhandel, auf der Liste des Bürgermeisters Alain-Bernard Boulanger*) 54,0% in Richelieu (Indre-et-Loire)

André Santini (*Staatssekretär beim Minister für Budget, öffentliche Rechnungslegung und öffentlichen Dienst, zuständig für den öffentlichen Dienst*) 56,7% in Issy-les-Moulineaux (Hauts-de-Seine)

Laurent Wauquiez (*Staatssekretär beim Premierminister, Regierungssprecher*) 56,4% in Puy-en-Velay (Haute-Loire)

Éric Woerth (*Minister für Budget, öffentliche Rechnungslegung und öffentlichen Dienst*) 65,4% in Chantilly (Oise)

Alain Marleix (*Staatssekretär beim Verteidigungsminister, zuständig für ehemalige Kriegsteilnehmer, Mitglied des Generalrats*) in Massias (Cantal)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**Gute Aussichten für den 2. Wahlgang****FRANKREICH**

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

CÉLINE CARO
JULIA KOWALSKI

10. März 2008

Jean-Marie Bockel (*Staatssekretär beim Minister für äußere und europäische Angelegenheiten, zuständig für Kooperation und Frankophonie*) 40,3% in Mulhouse (Haut-Rhin)

Xavier Darcos (*Erziehungsminister*) 45,2% in Périgueux (Dordogne)

Rachida Dati (*Justizministerin*) 49,5% in Paris (VIIe arrondissement)

Christian Estrosi (*Staatssekretär bei der Ministerin für innere Angelegenheiten, Übersee und Gebietskörperschaften, zuständig für Übersee*) 35,8% in Nice (Alpes-Maritimes)

Nathalie Kosciusko-Morizet (*Staatssekretärin beim Staatsminister, Minister für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung, zuständig für Umwelt*) 39,9% in Longjumeau (Essonne)

Christine Boutin (*Ministerin für Wohnungsbau und Städteplanung, Mitglied des Generalrats in Rambouillet*) (Yvelines)

Schlechte Aussichten für den 2. Wahlgang

Christine Albanel (*Ministerin für Kultur und Kommunikation*) 31,3% in Paris (IVe arrondissement)

Christine Lagarde (*Ministerin für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung, auf der Liste von Jean-Marie Cavada*) 24,3% in Paris (XIIe arrondissement)

Rama Yade (*Staatssekretärin beim Minister für äußere und europäische Angelegenheiten, zuständig für äußere Angelegenheiten und Menschenrechte*) 42,4% in Colombes (Hauts-de-Seine)